

WENDE ZEIT



ZEITUNG ZU HINTERGRÜNEN AUS POLITIK, WIRTSCHAFT UND GESELLSCHAFT



AfD-Vorsitzende Alice Weidel im Interview

Seite 2 Interview mit Dr. Rainer Rothfuß



Corona-Politik: Panik statt Fakten

Seite 4 von Thomas Pedicus



Wie die Regierung kritische Ärzte bekämpft

Seite 8 von Sabrina Kollmorgen

**WENDE
ZEIT
REPORT**
mehr auf
Seite 4

WHO-Pläne gefährden unsere Demokratie

MEINUNG DES HERAUSGEBERS Corona-Skandal und

WHO-Pläne erfordern unabhängige Aufklärung

von Dr. Rainer Rothfuß, MdB

Würden Sie es akzeptieren, wenn Ihnen beim Autokauf Mängel am Fahrzeug vorenthalten würden? Sicher nicht. Umso erschreckender ist es, dass in Abstimmung mit der Weltgesundheitsorganisation WHO schon während der sogenannten Covid-19-Pandemie soziale Medien – mittels AI in neun Sprachen, in dreißig Ländern – ausgespäht wurden, um solche „Mängel“ als angebliche „medizinische Falschinformationen“ zu zensieren. Die Bundesregierung hat Zeitungsverlagen in ganz Deutschland Hunderte Millionen Euro gezahlt für das Veröffent-

lichen von „Informationen“, die den Glauben der Menschen nähren sollten, dass eine überhastet not zugelassene gentechnische mRNA-Injektion vor der Ansteckung mit Corona schützen und somit die „Pandemie“ beenden würde. Mittlerweile stellte die Europäische Arzneimittelbehörde EMA klar, dass genau dies gefährliche Falschinformationen waren, auf denen ein perfides System gesellschaftlicher Spaltung und öffentlicher Ausgrenzung Ungeimpfter aufgebaut worden war.

Am 12. Mai 2023 sangen alle Parteien im Deutschen Bundestag, außer der AfD, das Hohelied der Rettung



der menschlichen Gesundheit durch einen die Nationalstaaten im Pandemiefall faktisch entmachtenden globalen WHO-Pandemievertrag. Die WHO soll unter anderem ermächtigt werden, zukünftig noch aggressiver gegen unliebsame medizinische Informationen – diese werden als „Infodemie“ verunglimpt – vorzugehen. Die EU hat den Folterinstrumentenkasten für große digitale Medien schon zum 17.02.2024 bereitgestellt: Diese sollen zukünftig für die Nicht-Zensur unliebsamer Inhalte mit Strafen theoretisch bis in Milliardenhöhe belegt werden können. Das ist faktisch das Ende der Pressefreiheit – gerade im brisanten Pandemiefall. Als Bundestagsabgeordneter erachte ich es als meine Pflicht, demokratische Aufklärung in Papierformat frei zur Verfügung zu stellen. Der Engel „Viktoria“ von der Berliner Siegessäule im Titel der *WendeZeit* symbolisiert für mich die Macht der Wahrheit, um die wir Menschen in unserer Gesellschaft stets ehrlich ringen sollten.

Die 5 größten Geldgeber der WHO in Mio. US Dollar (2022 bis 2023)



Dubiose EU-Deals

Katar-Affäre des EU-Parlaments scheint längst nicht der größte Korruptionsskandal der EU-Geschichte

von Donald Greiner

Ursula von der Leyen (CDU) muss sich vor einem belgischen Strafgericht in Lüttich verteidigen: Ihr werden die Straftatbestände der Aneignung von Funktionen, der Vernichtung öffentlicher Urkunden und der Korruption vorgeworfen. Hintergrund: Die Präsidentin der EU-Kommission hatte beim Pfizer-Chef die Bestellung von 1,8 Milliarden Covid-Impfdosen mit einem Auftragsvolumen von 35 Milliarden Euro persönlich eingefädelt, wie der Europäische Rechnungshof kürzlich in einem Gutachten feststellte. Die SMS-Nachrichten,

die mit Albert Bourla dabei ausgetauscht wurden, sind angeblich bereits gelöscht. Die ohne demokratische Kandidatur in ihr Amt gehieve EU-Kommissionspräsidentin behindert so die Arbeit der ermittelnden Behörden. Transparenz wäre ein erster Schritt, um das Vertrauen der Menschen in die von Korruptionsskandalen gebeutelten europäischen Institutionen wiederherzustellen. Doch von der Leyen mauert beharrlich. Ungarns Präsident Viktor Orban hat schon sein Veto für eine zweite Amtszeit der CDU-Politikerin angekündigt.



**ZUR PERSON**

Dr. Alice Weidel ist Volkswirtin und seit 2017 Vorsitzende der Bundestagsfraktion sowie seit 2022 gemeinsam mit Tino Chrupalla Bundes- sprecherin der Alternative für Deutschland.

Sehr geehrte Frau Dr. Weidel, die AfD liegt in Umfragen fast beim Doppelten der Bundestagswahl 2021. Sie selbst haben im Beliebtheitsranking bereits Christian Lindner, Robert Habeck und Olaf Scholz überholt.

Wie nahe sehen Sie sich dem Kanzleramt?

Die AfD erreicht so gute Ergebnisse bei den Wählerumfragen, weil sie als einzige politische Kraft wahrgenommen wird, die Politik für das eigene Volk macht – und nicht gegen die Bürger, die Steuerzahler und ihre Interessen. Mit unseren Positionen bieten wir eine echte Alternative. Und dies trotz medialen Gegenwindes und immer dreisterer Behinderung im freien demokratischen Wettbewerb. Wir wollen faktenbasierte Politik ohne Ideologie und Hypermoral gestalten. Angesichts hausgemachter Krisen wissen das immer mehr Bürger zu schätzen. Zum zweiten Teil Ihrer Frage: Natürlich freue ich mich über gute persönliche Umfragewerte. Allerdings sollte man sich davon nicht abhängig machen. Letztlich kommt es auf eine stetige programmatische Arbeit an und darauf, dass der Bürger

„Als legitime Kraft mitgestalten“

Alice Weidel über das Demokratieverständnis der Altparteien, Corona-Aufarbeitung und ein souveränes Deutschland.

Interview von Dr. Rainer Rothfuß

unsere berechtigte Kritik an der aktuellen Politik immer besser nachvollziehen kann.

Sehen Sie angesichts dieser Umfragewerte ein Ende der undemokratischen Ausgrenzung der AfD durch den Altparteien-Block?

Ich befürchte eher, dass sich diese Ausgrenzungs- politik noch weiter steigern wird – und zwar auf allen Ebenen. Vermutlich wird man noch stärker staatliche Institutionen wie den Verfassungsschutz missbrauchen, um gegen uns als Oppositionspartei vorzugehen. Das sollte an sich schon alles über die demokratische und rechtsstaatliche Gesinnung der Altparteien sagen. Auch auf persönlicher Ebene könnten die Angriffe noch härter werden. Aber insgesamt bin ich mir sicher: Früher oder später wird man am Wunsch der Bürger nicht mehr vorbeikommen, dass

wir als legitime demokratische Kraft mitgestalten.

In der ersten Ausgabe der WendeZeit wollen wir uns mit der Aufarbeitung der Corona-Politik beschäftigen. Daher die Frage: Als Corona neu aufkam, forderten Sie vor allen anderen Parteien bereits im Februar 2020 Vorsichtsmaßnahmen wie Grenzschiebungen, dann aber wieder als erste laut vernehmbare Stimme das Ende aller Lockdown-Maßnahmen, die sowohl die Menschen als auch die Wirtschaft stark belasteten. Wie bewerten Sie rückblickend die AfD als Oppositionspartei in der Corona-Zeit?

Wir sind die einzige Partei, die eine wirkliche Aufarbeitung der Corona- Maßnahmen fordert – und zwar nach dem glasklaren Haftungsprinzip. Als Anfang 2020 die Auswirkungen von Corona noch nicht absehbar waren, haben wir

Maßnahmen wie Grenzschiebungen gefordert.

Damals hieß es, soweit ginge nicht. Als dann aber absehbar wurde, dass bei Corona viel Panikmache dabei war, haben wir uns massiv gegen die immer heftigeren Maßnahmen gewehrt.

Denken Sie nur an die Einschränkungen von Grundrechten, die teils korrupten Maskendeals und die systematische Ausgrenzung von Kritikern – das sind alles Skandale erster Güte! Mittlerweile bestätigen alle Erkenntnisse unser einen kritischen Kurs.

Wo bleiben jetzt die lauten Medien, die immer gerne Haltung zeigen wollen? Würden sie die Aufarbeitung von Corona genauso vehement vorantreiben wie damals die Diskriminierung von Maßnahmen-Kritikern, wären wir schon ein gutes Stück weiter.

Sie selbst haben einmal öffentlich bekannt, dass Sie sich nicht haben impfen lassen gegen Corona, weil nur gefährliche, gentechnisch veränderte mRNA-Impfstoffe zur Verfügung standen. Wieso hatten Sie sich dazu entschieden, in aller Öffentlichkeit hier Farbe zu bekennen?

Die Gründe für mein seinerzeitiges Verhalten lagen in den offensichtlich völlig berechtigten Einwänden etlicher renommierter Mediziner und Virologen gegen den Corona-Impfstoff und die überhasteten Zulassungs- und Produktionsverfahren. Heute wissen wir, welche gigantischen Geschäfte die Pharmaindustrie mit einem höchst fragwürdigen Impfverfahren gemacht hat.

Nach und nach werden Erkenntnisse rund um die Verträglichkeit und die anscheinend wenig sauberen Produktionsverfahren zur eingesetzten mRNA-Impftechnik publik.

Das ganze, teilweise hoch korrupte Verhalten der Pharmakonzerne und der verantwortlichen Politiker war schon relativ früh erkennbar und hat mich dazu bewogen, auf eine Impfung zu verzichten und dazu auch zu stehen.

Wie beurteilen Sie die schriftliche Aussage der Europäischen Arzneimittel-Zulassungsbehörde EMA, dass die Schutzwirkung der Corona-Impfstoffe niemals nachweisbar war und auch nicht Ziel der „Schutzimpfung“ gewesen sein sollte? Gründete nicht darauf der gesamte politische und gesellschaftliche Druck, sich „frei-impfen“ zu lassen, für Mitarbeiter des Gesundheitswesens und Soldaten ja sogar als faktischer Zwang?

Sie haben völlig recht, schließlich gründete die Hunderte Millionen Euro teure Werbekampagne der Bundesregierung auf dem wohl nichtigen Schutzversprechen der Corona-Impfung. Alle Verunglimpfungen von Ungeimpften durch Politiker und Medien bauten auf der Behauptung auf, durch die Impfung allein ließe sich die Pandemie beenden. Dieses nachträgliche Einverständnis soll wahrscheinlich Haftungsansprüche von Impfgeschädigten in eine bestimmte Richtung kanalisierten, nämlich weg von den Verantwortlichen in Politik und Pharma-Konzernen hin zum Steuerzahler. Doch auch das ist wohl

„Wir wollen im eigenen Land souverän über unsere Geschicke entscheiden.“

Dr. Alice Weidel



Foto: elements.envato.com

nur die Spitze des Eisbergs der Ungeheuerlichkeiten des Corona-Politikversagens: Denken Sie nur an den Impfstoff-Milliarden-deal mit vertuschten SMS zwischen Ursula von der Leyen und Pfizer-Boss Albert Bourla. Sobald wir bei den nächsten Wahlen von den Bürgern 25 Prozent der Sitze im Bundestag zugesprochen bekommen, werden wir in knallharten Untersuchungsausschüssen all diesen Ungeheuerlichkeiten auf den Grund gehen können.

Wie gedenkt die AfD als einzige vernehmbare Oppositionskraft im Bundes-

tag, gegen den geplanten WHO-Pandemievertrag zu kämpfen, damit die nationale Entscheidungsgewalt in zukünftigen Pandemien nicht an eine globale Institution verloren geht?

Wir sind die einzige politische Kraft in Deutschland, die sich vehement gegen den Souveränitätsverlust Deutschlands und damit die reale Gefährdung unserer Demokratie zur Wehr setzt. Wir wollen im eigenen Land souverän über unsere Geschicke entscheiden, nicht nur in der Gesundheitspolitik, und nicht noch mehr Entscheidungskompe-

tenzen aus Deutschland zu supranationalen Organisationen wie EU oder UNO verlagern. Konkret bedeutet das: Wir fordern das Zurechtstutzen der nachweislich als Pharma-Lobby-Organisation missbrauchten WHO und fordern hierzulande mehr direktdemokratische Entscheidungsgewalt der Bürger. In Sachen WHO-Pandemievertrag werden wir das ganze zur Verfügung stehende juristisch-politische Instrumentarium nutzen, um eine im Ernstfall drohende WHO-Gesundheitsdiktatur zu verhindern. Die Demokratie als Mitbestimmung des

Volkes kann nur bewahrt werden, solange nationale Regierungen nicht gegenüber einer globalen Lobby-Organisation verpflichtet sind, sondern in direkter Verantwortung vor den Bürgern handeln können und auch müssen. Schwedens sehr erfolgreicher liberaler Sonderweg zu Corona-Zeiten beweist, wie wichtig die Bewahrung nationaler Entscheidungshoheit für das Wohl der Bürger ist.

Vielen Dank für das Gespräch, Frau Weidel, und weiterhin viel Erfolg und Stehvermögen in der Verteidigung der Freiheit und der Interessen der Bürger im Deutschen Bundestag.

WENDEZEIT

IMPRESSUM

Abgeordnetenzeitung
Dr. Rainer Rothfuss, MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: +49 30 227-71564
E-Mail: rainer.rothfuss@bundestag.de

Wahlkreisbüro Oberallgäu
Fabrikstr. 4
87437 Kempten, Sankt Mang

Auflage: 20.000 kostenlose Exemplare

Druck:
A3 Offsetdruckerei Krüger e.K.
Hermann-Schumann-Str. 3
16761 Hennigsdorf



Jetzt kostenlose Exemplare zum Verteilen bestellen:

rainer.rothfuss.wk@bundestag.de

Dr. Rainer Rothfuss
So finden Sie mich

Meine Veranstaltungen:
www.rainer-rothfuss.de

Telegram
t.me/rainerrothfuss

YouTube
[DrRainerRothfuss](https://www.youtube.com/DrRainerRothfuss)

Facebook
[Dr.Rainer.Rothfuss](https://www.facebook.com/Dr.Rainer.Rothfuss)

X
[@DrRothfuss](https://twitter.com/DrRothfuss)

TikTok
[@dr.rainer.rothfuss](https://www.tiktok.com/@dr.rainer.rothfuss)

Instagram
[@dr.rainer.rothfuss](https://www.instagram.com/dr.rainer.rothfuss)

Fakten zum großen RKI-Skandal

Die Regierung entzog den Bürgern während Corona sogar die Grundrechte. Doch eine Aufarbeitung wird nun verweigert. Hintergrund eines Skandals.

von Sebastian Schulze



Christian Terhes, Mitglied des Europäischen Parlaments
„Ich frage euch, ist das Transparenz? Sehen Sie etwas, denn wir sehen nichts!“

Nach einem fast zweijährigen Klage-marathon schaffte es das Freie Medium „Multipolar“ im März 2024 unter Mitherausgeber Paul Schreyer, mehrere tausend Seiten RKI-Protokolle freizuklagen. Finanziert wurde diese Mega-Klage durch Spenden zahlloser Bürger. Das RKI gab diese Protokolle bislang jedoch nur geschwärzt heraus.

Die RKI-Anwälte rechtfertigten in einem 1.059 Seiten langen Dossier die „Zensur“.

Die „schwarzen Balken“ ziehen sich wie ein roter Faden durch die Coronazeit. Man fühlt sich zurückversetzt in den Oktober 2021, als der rumänische EU-Ab-

geordnete Cristian Terhes die geschwärzten Verträge der EU mit den großen Impfstoffherstellern bei der legendären Pressekonferenz im EU-Parlament zeigte. Damals fragte Terhes entsetzt: „Ist das Demokratie? Ist das Transparenz?“ Die Antwort der selbsternann-ten Demokraten aus Berlin und Brüssel scheint eindeutig: „Ja, das ist unsere Form der Demokratie“. Denn auch die RKI-Protokolle sind großflächig geschwärzt.

Einige wichtige Textstellen wurden bei der Schwärzung wohl übersehen oder deren Brisanz nicht erkannt.

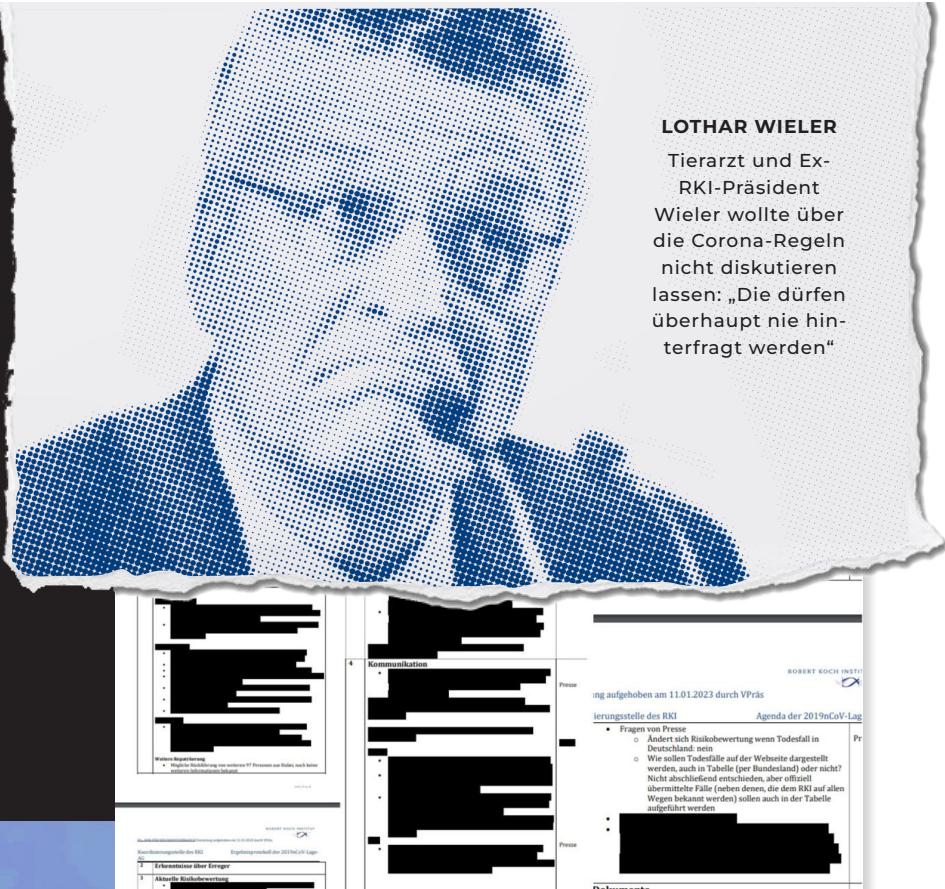
So wird laut Multipolar klar: „Die im März 2020 verkündete Verschärfung der Risikobewertung von ‚mäßig‘ auf ‚hoch‘ – Grundlage sämtlicher Lockdown-Maß-

nahmen und Gerichtsurteile dazu – gründete, anders als bislang behauptet, nicht auf einer fachlichen Einschätzung des RKI, sondern auf der politischen Anweisung eines externen Akteurs – dessen Name in den Protokollen geschwärzt ist.“ Martin Sichert, gesundheitspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion, hat eine Anfrage an die Regierung gestellt, um wen es sich bei der geschwärzten Person handelt. Der Datenanalyst Tom Lausen nimmt aufgrund diverser Analysen an, dass der externe Befehlsgeber wohl aus dem Militär kommen muss.

Die FFP2-Masken wurden an verschiedenen Stellen in den Protokollen in Frage gestellt. Dennoch wurde die Bevölkerung jahrelang zum Tragen der FFP2-Masken genötigt. Gesundheits-

LOTHAR WIELER

Tierarzt und Ex-RKI-Präsident
Wieler wollte über die Corona-Regeln nicht diskutieren lassen: „Die dürfen überhaupt nie hinterfragt werden“



minister Lauterbach (SPD) versprach am 28.03.2024 beim Deutschlandfunk, er habe eine weitestgehende Entschwärzung der Protokolle veranlasst. Doch wochenlang passiert nichts zur Herstellung von Transparenz. Die AfD wird sich auf allen Ebenen für eine lückenlose Aufklärung einsetzen und fordert die Einrichtung eines Corona-Untersuchungsausschusses. Impfschäden müssen anerkannt und entschädigt werden. Das Multipolar-Magazin kündigte an, dass man weiter klagen werde, bis die Papiere vollständig transparent vorliegen. Genauso, wie es einer echten Demokratie würdig ist.

Bitte unterstützen Sie Multipolar bei der Aufarbeitung mit einem Abo: www.multipolar-magazin.de

„Die Verschärfung der Risikobewertung von **mäßig auf **hoch** – Grundlage sämtlicher Lockdown-Maßnahmen und Gerichtsurteile – gründete anders als geglaubt, nicht auf einer fachlichen Einschätzung des RKI, sondern auf der politischen Anweisung eines externen Akteurs.“**

FAKten DER RKI-PROTOKOLLE



Freigeklagte Geheimprotokolle beweisen: Das RKI erhöhte seine Risikoeinschätzung nicht auf der Grundlage von Daten, sondern infolge einer politischen Weisung. Damit ermöglichte es in Deutschland jahrelange evidenzfreie Grundrechtseingriffe.

Das RKI hat intern gewusst:

- Gesundheitsrisiken mäßig
- Impfzwang unratsam und unethisch
- Lockdownschäden höher als Nutzen
- FFP2-Masken sinnlos
- Impfausweis soll Spätfolgen erfassen

Aber es hat öffentlich suggeriert:

- Gesundheitsrisiken hoch bis sehr hoch
- Impfzwang ist notwendig
- Lockdowns sind alternativlos
- FFP2-Maskenzwang richtig
- Impfung hat keine Spätfolgen



DER ANALYST
Mehr von Prof. Dr. Stefan Homburg finden Sie unter: x.com/Shomburg und youtube.com/@StHomburg



Die Aufarbeitung der Corona-Krise wird weitestgehend boykottiert. Die Verantwortlichen, die an der Einschränkung der Grundrechte für die Bevölkerung maßgeblich mitgewirkt haben, zeigen kein echtes Interesse an Transparenz. Vor allem, wenn es darum geht, die einseitige Stimmungsmache und auch die Impffolgeschäden ans Licht zu bringen. Zu viele haben bei der Panikmache rund um das laut RKI gripähnliche Virus profitiert oder als Politiker eine Form der Machtausübung durchgesetzt, die im Gegensatz zu den grundgesetzlich garantierten Freiheiten steht. Wir erinnern uns: Lockdowns, brutale Polizeieinsätze gegen friedliche Demonstranten, Schulschließungen, gnadenlose Vereinsamung alter und sterbender Menschen, fahrlässige Aufschiebung notwendiger Operationen, Schikanen im öffentlichen Leben, einrichtungsbezogene Impfpflicht und Impfpflichtdiskussion, Achtung prominenter Impfkritiker und Ausgrenzung kritischer Ärzte und Forscher. Dazu kommen die Geschäftete der Krisengewinner, die sich mit Masken-Deals oder dubiosen Geschäften rund um Covid-19 die Taschen vollgemacht haben: Während Frau von der Leyen nach ihrem 35 Milliarden Euro schweren Impfdocs-Deal mit Pfizer-Boss Albert Burla weiter in Amt und Würden die EU-Kommission steuern darf, hat man die CSU-Politiker-tochter Andrea Tandler im November letzten Jahres

Corona-Politik: Panikmache statt Fakten

Während der sogenannten Covid-19-Pandemie wurde die Wahrnehmung der Krankheitsbedrohung und der Virusverbreitung nachweislich manipuliert. Die Verzerrung der Realität sollte laut Bundesinnenministerium (BMI) ein Klima der Angst schaffen. Profiteure waren und sind die Pharma-industrie und eine mit dieser eng verzahnte Politik.

von Thomas Pedicus

für fast viereinhalb Jahre in Haft geschickt. Es hat sich bei all dem gezeigt, dass die ganze Pandemie-Politik in der Tat eine für Einzelne lukrative Inszenierung war. Doch wie konnte es überhaupt so weit kommen?

Los ging alles Anfang Frühjahr 2020 als Bundeskanzlerin Merkel und Gesundheitsminister Jens Spahn (beide CDU) Panik schürten, dass die Krankheit unzählbar viele Menschenleben kosten würde. Gesundheitsminister Lauterbach hatte noch Ende Oktober 2021 entsprechend der perfiden Handlungsanleitung des BMI-Panik-Papiers unter Horst Seehofer (CSU) und fast wortgleich mit seinem Amtsvorgänger Jens Spahn (CDU) irrationale Ängste geschürt: „Die meisten Ungeimpften von heute“ seien bis Ende des Winters „entweder geimpft, genesen oder leider verstorben“. Von Anfang an wurde die Überlastung des Gesundheitssystems als Hauptargument für drakonische Grundrechtsbeschränkungen herangezogen. Das postulierte Ziel

war es, eine Überforderung der Krankenhäuser zu verhindern. Im Jahr 2020 verzeichneten bundesdeutsche Krankenhäuser wöchentlich aber völlig unspektakuläre ca. 380.000 Aufnahmen, was ungefähr 19 Millionen pro Jahr entspricht – eine Zahl, die auch in den Jahren zuvor üblich war.

Im März 2020 sank die wöchentliche Aufnahmerate von 380.000 auf 212.000, was zu massiven finanziellen Verlusten für die Krankenhäuser führte. Dabei lag der Anteil an Covid-Patienten der Gesamtbelegung 2020 bei ca. 0,7 Prozent und seit Impfbeginn 2021 bei rund 1,7 Prozent.

Es stellte sich heraus, dass die Bettenauslastung trotz Corona-„Pandemie“ historisch niedrig war. Auch die angeblich lange Verweildauer von Corona-Patienten im Krankenhaus hatte sich nicht bewährt. Das Statistische Bundesamt bestätigte, dass die durchschnittliche Verweildauer von Patienten in den Krankenhäusern bei 7,2 Tagen lag, also niedriger

als in den Vorjahren. Trotz Behauptungen über einen Mangel an Personal zeigen die Zahlen des Statistischen Bundesamts einen Zuwachs an Personal zwischen 2020 und 2022. Auch die angebliche Erhöhung der Bettenauslastung während der Pandemie erwies sich als falsch, sie fiel stattdessen.

Die Intensivstationen waren laut Politik und Medien überlastet. Aber die Zahlen belegen, dass es 2020 im Vergleich zu 2019 ganze 217.871 Intensivfälle weniger gab, einschließlich COVID-Patienten. Im Jahr 2021 waren es sogar 370.117 weniger als 2019. Die Intensivstationen arbeiteten in den „Pandemiejahren“ 2020 und 2021 im regulären Betrieb. Das dokumentieren die Abrechnungsdaten aller Krankenhäuser, die vom „Institut für das Entgeltsystem im Krankenhaus“ (InEK) erfasst wurden. Die InEK-Zahlen beweisen einen Anteil an Covid-Patienten noch unter zwei Prozent.

Auch bei Verlegungen und der Belegung von Beatmungsplätzen gab es

keine Hinweise auf eine Überlastung. Die Anzahl der Verlegungen blieb stabil, und die Belegung der Beatmungsplätze war zwischen 2020 und 2022 nicht höher als 2023.

Insgesamt lässt sich festhalten: Es gab trotz politisch-medialer Horrorbotschaften nie eine generelle Überlastung des Gesundheitssystems.

Die Triage-Szenarien, bei denen ältere Patienten über eine Priorisierung medizinischer Leistungen hätten „aussortiert“ werden müssen, waren faktisch nichts als angstschürende, propagandistische Schauermärchen.

Hinzu kommt, dass auch die Panikmache bezüglich Corona-bedingter Übersterblichkeit völlig hältlos war. Der Arzt, Medizinsachbuchautor und frühe Kritiker der Corona-Politik, Dr. med. Gunter Frank, schreibt: „Ähnlich den Krankenhausbelegungen hat die Infektion mit dem Corona-Virus bei den Sterbedaten zu keiner außergewöhnlichen Situation in Deutschland geführt.“

Während Teile der Pharma-industrie das große Geschäft machten und die Meldepraxis der deutschen Intensivabteilungen ins Zwielicht geriet, baute die Politik den übergriffigen Staat weiter aus, der Menschen in eine laut EMA vor Ansteckung nicht schützende, aber besonders gefährliche Impfung zwang.

Für die Übersterblichkeit seit Beginn der Covid-Impfkampagne interessiert sich die Politik nicht.

Dies darf so nie wieder geschehen: Gerechtigkeit ist Pflicht!

Corona-Symposium im Deutschen Bundestag: Aufarbeitung überfällig

von Sabrina Kollmorgen

Das unmenschliche Corona-Regime ließ die Alten einsam sterben und sperrte die Lebendigen ein. Heute wissen wir: Die Maßnahmen sind wissenschaftlich nicht zu rechtfertigen gewesen. Das Ausmaß des Unrechts wurde zum Thema im Bundestag.

Viele Menschen in Deutschland haben die Corona-Maßnahmen als problematisch empfunden und fühlten sich zur Impfung genötigt. Dabei wurde von Seiten der Politik

und der Medien massiv Druck ausgeübt. Selbst vor Falschbehauptungen, Drohungen, Diffamierung und Diskriminierung schreckte man nicht zurück. Mittlerweile haben sich viele Argumente der sogenannten Corona-Skeptiker als zutreffend und die staatlichen Zwangsmaßnahmen als falsch und wirkungslos erwiesen. Doch eine ehrliche Aufarbeitung seitens der Verantwortlichen bleibt aus. Die AfD-Bundestagsfraktion hat daher im November 2023 zu einem großen Symposium geladen.

Gleich zu Beginn der Veranstaltung machte Martin Sichert, gesundheitspolitischer Sprecher



Mitkämpfer Bhakdi, Rothfuß

der AfD-Fraktion, klar: „Wenn willkürliche Maßnahmen verhängt werden und wenn selbst der Bundeskanzler die Bevölkerung anlügen, dann ist es in einer freiheitlichen Gesellschaft wichtig, dass

es mutige Stimmen gibt, die sich erheben und laut Widerspruch äußern. In einer funktionierenden Demokratie ist es unabdingbar, dass Maßnahmen der Regierung nicht einfach so hingenommen werden, sondern auch einer breiten Diskussion unterliegen. Viele Medien haben in dieser Hinsicht in der Corona-Zeit versagt. Sie haben diesen Diskussionen nicht den notwendigen Raum gegeben, sondern diejenigen, die sachliche Argumente einbrachten, als Leugner, Verschwörungstheoretiker oder Extremisten abgestempelt.“

Zwei Tage lang kamen diese kritischen Stimmen im Bundestag zu Wort.

Unter ihnen anerkannte Wissenschaftler wie Prof. Dr. Andreas Sönnichsen, Prof. Dr. Paul Cullen, Prof. Dr. Stefan Hockertz oder Prof. Dr. Sucharit Bhakdi. Aber auch Opfer der gentechnischen mRNA-„Impfungen“ erhielten eine Stimme. Klare Botschaft: Die Corona-Politik muss endlich aufgearbeitet werden. Martin Sichert unterstreicht: „Wir werden uns auch in Zukunft mit allen parlamentarischen Mitteln gegen Angriffe auf die körperliche Unverletztheit wenden.“

Die Vorträge des Symposiums sind über diesen QR-Code abrufbar:
<https://t.ly/4uqxY>



„Es müssen Handschellen klicken“

Nach dem Corona-Symposium der AfD in Berlin legt die FPÖ in Wien nach.

von Sebastian Schulze

Rund 1.000 Gäste waren am Freitag, den 12. April 2024 ins Arcotel Wien gekommen, um die Forderung nach Aufarbeitung der korrupten und unsachgemäßen Corona-Politik zu unterstreichen. Der Saal platzte aus allen Nähten. Denn der renommierte Mikrobiologe Prof. Dr. Sucharit Bhakdi war der Einladung Herbert Kickls (FPÖ) gefolgt und in die Bundeshauptstadt von Österreich gereist.

Schon Wochen vor der Veranstaltung musste das Anmeldeformular wegen Überbuchung aus dem Netz genommen werden: „Wir hätten eine Konzerthalle füllen können“ so der Orga-

nator der Veranstaltung Gerald Hauser.

Gerade in Österreich war dieses Symposium angesichts der vorübergehend beschlossenen Impfpflicht von großer Bedeutung.

Hauser war es, der im November 2023 bei dem von Dr. Rainer Rothfuß initiierten Corona-Symposium der Alternative für Deutschland im Deutschen Bundestag in Berlin sprach und mit dem festen Willen zurück in die Alpenrepublik

fuhr, auch dort solch eine Veranstaltung auf die Beine zu stellen.

Befeuert wurde die Veranstaltung durch die RKI-Papiere, die, wenn auch nur zum Teil sichtbar, genau das bestätigen, was die „Schwurbler“ schon seit Beginn der „Pandemie“ sagten. Es war alles ein riesengroßer Betrug. Und diesen Rückenwind merkte man auch auf der Veranstaltung deutlich. Während beim Berliner AfD-Symposium eine Erleichterung zu spüren war, dass nun eine Partei im Parlament überhaupt mit der Aufarbeitung beginnt, so war der Kurs in Wien schon eindeutiger. Denn die Frage, ob Corona ein „Fake“ war oder nicht, stellte sich gar nicht. Dazu ist die Faktenlage vier Jahre danach viel zu erdrückend. In Wien spürte man überall den tiefen Willen, dass die Verantwortlichen für die vielfältigen Schäden der zerstörerischen Corona-Politik vor Gericht gehören. Am Samstag folgte dann eine Fachtagung mit rund 400 Gästen und gut einem Dutzend Referenten. Wenn die Forderungen kamen,

dass nun endlich die Staatsanwaltschaften tätig werden müssen, dann gab es im Saal kein Halten mehr. Der Schweizer Rechtsanwalt Philipp Kruse zeigte die Gefahr des geplanten WHO-Pandemievertrags für die eigenständige Hand-

lungsfähigkeit demokratischer Nationalstaaten auf. Die AfD-Europaabgeordnete Christine Anderson warnte vor den EU-Plänen, die Gesundheitspolitik im Interesse der Pharmalobby in Brüsseler Hände zu übertragen.



FPÖ-Obmann HERBERT KICKL (Mitte) mit den AfD-Abgeordneten Kay-Uwe Ziegler und Dr. Christina Baum aus dem Gesundheitsausschuss



Prof. Dr. Bhakdi sprach auf Einladung Herbert Kickls in Wien vor über 1.000 Zuhörern

Foto: Sebastian Schulze

Die Weltgesundheitsorganisation WHO ist mit 194 Mitgliedstaaten eine weltumspannende globale Regierungsorganisation. Formal hat sie den Auftrag, „allen Völkern zur Erreichung des bestmöglichen Gesundheitszustandes“ zu verhelfen. Doch der hohe Anteil von Finanzspritzen aus dem Umfeld der Pharmaindustrie lässt ernsthafte Interessenkonflikte vermuten.

Aktuell verfolgt die WHO zwei bedeutende Vorhaben mit großer Relevanz für alle Mitgliedstaaten: Zum einen der Abschluss eines Pandemievertrags (PV), zum anderen die Verschärfung der Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV) aus dem Jahr 2005.

Beide Vertragswerke sollen Ende Mai 2024 in der Weltgesundheitsversammlung (WHA) – also durch die Vertreter der WHO-Mitgliedstaaten – verabschiedet und dann in Kraft gesetzt werden. Der Bundestag hat schon am 12. Mai 2023 seine Unterstützung für die WHO-Pläne gegen die Stimmen der AfD beschlossen. Kritiker befürchten, dass dies zu einer nahezu unkontrollierbaren Machtausweitung der WHO zu Lasten ihrer Mitgliedstaaten führen wird – und damit auch zur Gefährdung persönlicher Freiheitsrechte und elementarer demokratisch-rechtsstaatlicher Prinzipien.

Selbstherreliche Ausrufung einer „gesundheitlichen Notlage“ (engl. PHEIC)

Bricht in einem beliebigen Staat der Welt eine Infektionskrankheit aus, gelangt die Information durch den engen Überwachungsmechanismus zügig zum WHO-Generaldirektor. Dieser entscheidet gemäß Art. 12 IGV alleine über die Ausrufung und Beendigung einer „gesundheitlichen Notlage internationaler Tragweite“ (PHEIC). Dabei kann der Generaldirektor im Zuge des sogenannten One-Health-Ansatzes sogar Aspekte von Tier-, Klima- und Umweltschutz in seine Entscheidung mit einbeziehen.

Besonders heikel: Der im Falle eines PHEIC beratende Notfallausschuss ist nicht unabhängig, denn er wird vom Generaldi-

Gefahr für die Menschheit?

Der geplante WHO-Pandemievertrag entmachtet den Bürger und die Nationalstaaten.

von Dr. Beate Sibylle Pfeil

rektor selbst eingesetzt, der dessen Empfehlungen auch missachten kann. Es gibt keine unabhängige Instanz, welche die Entscheidung des WHO-Generaldirektors anhand der vorgegebenen Sachkriterien überprüfen und auch korrigieren könnte. Es drohen somit rein willkürliche PHEIC-Ausrufungen!

PHEIC-basierte Anordnungen gegen Grundrechte

Der Generaldirektor kann nun im Wege von „Empfehlungen“ (Art. 15 IGV) die WHO-Mitgliedstaaten zu einer ganzen Serie von Maßnahmen anleiten. Dabei hat die WHO quasi Exekutivewalt im Hinblick auf deren Umsetzung: Drastische weltweite Freiheitseinschränkungen (Art. 18 IGV) wie die Anordnung von Impfungen, Tests und entsprechenden, möglichst digitalen Nachweisen (Art. 31, 45 IGV), medizinischen Untersuchungen und Behandlungen, Reise- und Handelsbeschränkungen, Isolierung, Quarantäne und Kontaktverfolgung drohen weltweit im PHEIC-Fall. Auch hier wäre theoretisch eine Risiko-Nutzen-Abwägung nach wissenschaftlichen Kriterien zu treffen. Auch hier gibt es aber keine unabhängigen Prüfinstanzen, durch welche die massive Verletzung freiheitlicher Grundrechte vorab verhindert oder im Nachhinein überprüft werden könnte.

Gefährliche Impfungen im Schnellverfahren

In Bezug auf Impfstoffe und Medikamente plant die WHO Produktions- und finanzielle Verpflichtungen für reichere Staaten, außerdem (noch) schnellere Zulassungen. Die Wirksamkeit und prinzipielle Unschädlichkeit dieser Produkte werden als selbstverständlich vorausgesetzt und nicht mehr angemessen überprüft.



Die promovierte Juristin Beate Pfeil hinterfragt die dubiose Rolle der WHO.

Die „nichtstaatlichen Akteure“, also auch die gut an Pandemien verdienenden Pharmakonzerne, sind fester Bestandteil der Verträge. Besondersbrisant:

Auf der Liste der weltgrößten freiwilligen(!) WHO-Geldgeber befinden sich nicht nur Staaten wie Deutschland (Platz 3), das Vereinigte Königreich (6) und die USA (1), sondern auch mit der Pharmalobby eng verwobene Organisationen wie die Bill & Melinda Gates Foundation (Platz 2[!]) und die Globale Allianz für Impfstoffe GAVI (4), in der Bill Gates auch eine Schlüsselrolle spielt. Mit anderen Worten: die WHO ist in einem Ausmaß von privaten, mit der Pharma-Lobby verquickten Spendern abhängig, dass von einer profitgeleiteten Fremdsteuerung der WHO ausgegangen werden darf. Sollen also die „Pandemie“-Profiteure die WHO-Entscheidungen mitbestimmen?

Wahrheitsmonopol im Zeichen der „Infodemie“-Bekämpfung

Beide Verträge sehen die Bekämpfung sogenannter „Infodemien“ vor: Unliebsame Gesundheitsinformationen werden schlicht als „irreführend“ abgestempelt, per AI-Software detektiert und von Social-Media-Plattformen eliminiert. Zugleich soll die Bevölkerung im Sinne der WHO gezielt „gebildet“

Die Staaten werden so einem enormen politischen Druck ausgesetzt, nicht den demokratischen Bürgerwillen, sondern die zentralistischen WHO-Vorgaben zu befolgen.

Aus rechtsstaatlicher Sicht ein Skandal: Die WHO fungiert als Legislativ- und Exekutivinstanz in einem, ohne dass ihr kontrollierende und machtbegrenzende, insbesondere gerichtliche Instanzen entgegentreten könnten. Der weltweiten Kontrolle der Staaten steht somit eine eklatante Nichtkontrolle der Lobby-abhängigen WHO gegenüber.

PHEICs als Hebel: Von der freiheitlichen Demokratie ins globale Regime

Die Verwirklichung der aktuellen WHO-Pläne wäre mit einer Lobby-abhängigen und unkontrollierbaren Machtausweitung der WHO zu Lasten ihrer Mitgliedstaaten verbunden. Konkret wäre durch die willkürliche Ausrufung von PHEICs weltweit mit massiven Menschenrechtsverletzungen und einer faktischen Gefährdung der Souveränität der WHO-Mitgliedstaaten zu rechnen.

Letztlich droht so ein globales, autoritäres Gesundheitsregime, das den auch völkerrechtlich verbrieften Prinzipien von Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit diametral zuwiderläuft. Es gilt, die Verabschiedung dieser Verträge oder zumindest ihre innerstaatliche Inkraftsetzung mit allen demokratisch-rechtsstaatlichen Mitteln zu verhindern.

Notfalls ist ein Austritt aus der WHO in Betracht zu ziehen. Menschenwürde und Menschenrechte, vor allem die Freiheit, körperliche Unversehrtheit und gesundheitliche Selbstbestimmung, sind wie die rechtsstaatlichen Prinzipien nicht verhandelbar.

International regt sich Widerstand gegen die Entmachtung der Nationalstaaten: Die Regierungen der Slowakei und Italiens wollen den Verträgen nicht zustimmen. Das niederländische Parlament will eine Verabschiedung der Verträge Ende Mai 2024 nicht hinnehmen.

Hausdurchsuchungen: Wie die Regierung kritische Ärzte bekämpft

Seit den Corona-Jahren ist klar, dass staatliche Institutionen auch hierzulande autoritären Tendenzen verfallen können, um politische Interessen durchzusetzen. Die Liste der Opfer der Verfolgung Andersdenkender ist beschämend lang. Ihr Vergehen: eine andere Sicht auf die Corona-Maßnahmen gehabt zu haben. Ein besorgniserregender Überblick.

von Sabrina Kollmorgen

Spicht man von politischer Verfolgung in der westlichen Welt, stößt man oft auf Unglauben. Und doch hat der Staat in Zusammenhang mit den Corona-Maßnahmen besonders in Deutschland fragwürdig autoritär agiert. Schon wer medizinisch berechtigte Befreiungen von der Maskenpflicht ausstellte oder öffentlich die Verletzung der Grundrechte kritiserte, konnte ins Visier der Behörden geraten.

Dr. Carola Javid-Kistel aus Duderstadt zum Beispiel hatte insgesamt fünf überfallartige Hausdurchsuchungen, bis sie schwer traumatisiert nach Mexiko flüchtete. Kurz vor Weihnachten 2023 wurde sie dann am Flughafen Zürich verhaftet. Der Vorwurf: Sie soll in 16 Fällen „unrichtige“ Maskenatteste ausgestellt haben. Beim praktischen Arzt Rolf Kron wurden Praxis und Wohnung von Polizisten gestürmt, die Praxis-PCs sowie Handys

beschlagnahmten. Seit der traumatisierenden Razzia und den zermürbenden Prozessen befindet er sich im Krankenstand. Manche Ärzte müssen aufgrund ähnlich lapidarer Vorwürfe monatelang in traumatisierende Untersuchungshaft, so beispielsweise Dr. Bianca Witzschel in der JVA Chemnitz.

Deutschlands international renommiertester Immunologe, Prof. Dr. Sucharit Bhakdi, der früh Zweifel an den staatlich verordneten Corona-Maßnahmen anmeldete, wurde angeklagt wegen des Vorwurfs der Volksverhetzung in zwei Fällen. Bhakdi stand in Plön vor Gericht und wurde in erster Instanz von den Vorwürfen freigesprochen.

Neben der Einschüchterung von Ärzten und Wissenschaftlern wurden auch Juristen ins Visier genommen.

Als „Blattschuss“ gegen die Richterschaft bezeich-

net der Rechtsanwalt Josef Hingerl das Urteil gegen den Weimarer Richter Christian Dettmar, der es „gewagt“ hatte, in einem Gerichtsverfahren ein unabhängiges Gutachten zum Thema „Maskenpflicht bei Kindern“ einzuholen. Das Landgericht Erfurt hat ihn zu zwei Jahren Freiheitsstrafe verurteilt wegen angeblicher Rechtsbeugung, obwohl die Wirksamkeit von Masken gegen die Virusübertragung längst widerlegt und die Schädlichkeit des Masketragens für Kinder erwiesen ist. Zur dauerhaften Bestrafung droht die Streichung seiner Besoldung und Pensionsansprüche. „Welcher deutsche Richter“, so Hingerl, „wagt da noch unabhängige Rechtsprechung, Grundbedingung eines jeden Rechtsstaats?“

Selbst vor Blaulicht-Einsatzkräften schreckte man im Kampf gegen abweichende Meinungen nicht zurück. So wurde der Vorsitzende des Vereins



Foto: Collage / Bild + Zeitung

„Polizisten für Aufklärung“, der Kriminologe Björn Lars Oberndorf, Opfer einer einschüchternden Hausdurchsuchung. Für ihn steht fest, dass die Maßnahmen gegen Regierungskritiker seit April 2020 deutlich massiver wurden.

Viele dieser Maßnahmen sind von Gerichten nachträglich als rechtswidrig eingestuft worden.

Betroffen waren auch Soldaten, die die experimentelle mRNA-Gentechnikspritze entsprechend ihrem Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit ablehnten. Selbst die Teilnahme an Demonstrationen konnte zu Konsequenzen führen!

Wer öffentlichkeitswirksam über die Corona-Maßnahmen und die Verstöße gegen die Grundrechte sprach, hatte mit Repressalien zu rechnen. So auch der Stuttgarter Unternehmer Michael Ballweg. Er organisierte ab März 2020

Proteste gegen die Corona-Maßnahmen und vernetzte seine Gruppe „Querdenken 711“ bundesweit. Im Juni 2022 wurde Ballweg wegen des Verdachts des versuchten Betrugs, Geldwäsche und Steuerhinterziehung festgenommen. Nach neun Monaten zermürbender U-Haft ist er endlich wieder frei:

Das Landgericht Stuttgart lehnte die Eröffnung eines Hauptverfahrens erst ab, da kein hinreichender Tatverdacht bestehe. Das OLG Stuttgart eröffnete nach Widerspruch der weisungsgebundenen Staatsanwaltschaft nun doch ein Verfahren. Ballwegs Unternehmen gingen insolvent, seine Existenz ist vernichtet. Obwohl viele Argumente der Corona-Kritiker bestätigt wurden, hat die staatliche Drangsaliertung kein Ende. Eine kritische Aufarbeitung der Corona-Politik findet in Deutschland nicht statt. Eine Tatsache, die einer westlichen Demokratie und eines Rechtsstaats unwürdig ist.

Richtig informiert!

Aufwühlende Fakten statt einschläfernder Desinformation bei Sender auf Spendenbasis.

Der österreichische Onlinesender AUF1 revolutioniert seit 2021 die deutschsprachige Welt der Nachrichten-Plattformen im Internet. Im Herbst

2023 begann AUF1, ein aktuelles TV-Programm per Astra-Satellit auszusenden. Senderchef Stefan Magnet und sein Team nutzten ein Fenster über den baden-württem-

bergischen Kanal Schwarz-RotGold TV. Wie es zu erwarten war, versuchte die Landesmedienanstalt Baden-Württemberg sofort, die Ausstrahlung zu verhindern. AUF1 greift in Nachrichten und aufwendigen Dokus wichtige Themen auf, die von herkömmlichen Medien aufgrund von Interessenkonflikten systematisch ignoriert oder verzerrt dargestellt werden. Zu Gast sind regelmäßig namhafte Forscher und interessante Politiker, wie etwa Hans-Georg Maaßen, Alice Weidel, Prof. Dr. Sucharit Bhakdi, Herbert Kickl, um nur wenige zu nennen. Ohne kritische Medien funktioniert Demokratie nicht. Es braucht mutige Macher und großzügige Spender zur unabhängigen Kontrolle der Mächtigen.



WWW.AUF1.TV



Jetzt kostenlose Exemplare zum Verteilen bestellen:

rainer.rothfuss.wk@bundestag.de

YOUTUBE Empfehlung:



Wenidezeit-Talkshow zum WHO-Pandemievertrag.

